



Verantwortung für den Klimawandel – Warum Verantwortung gerichtlich einfordern?

Rechtsanwältin Dr. Roda Verheyen,
Herbstforum Altbau 2020

Verantwortung ...

... ist eine auf Werten und Normen basierende Zuständigkeit

... entweder individuell oder einer Gruppe zugeschrieben

... in Zeitpunkt und Gegenstand konkret oder allgemein

... die bei einer Instanz eingefordert werden kann.

Das Recht ist letztlich ein Instrument um Normen, Zuständigkeiten und Akteure zu definieren, und deren Einhaltung bei der jeweiligen Instanz zu überprüfen.

Verantwortung wofür?

Der Weltklimarat IPCC sagt (fast unverändert seit 1990):

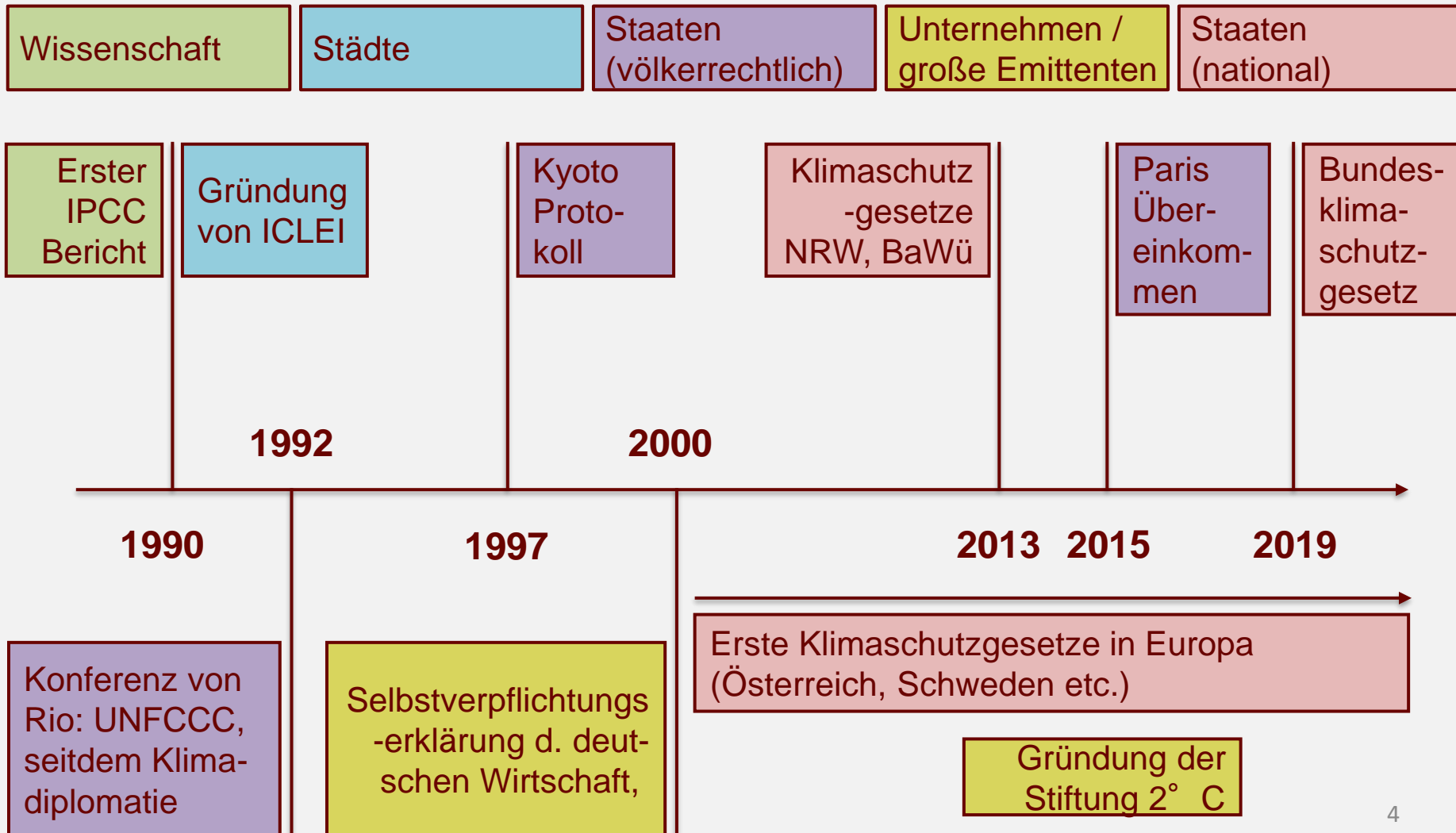
SPM1. Beobachtete Änderungen und deren Ursachen

Der Einfluss des Menschen auf das Klimasystem ist klar und die jüngsten anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen sind die höchsten in der Geschichte. Die jüngsten Klimaänderungen hatten weitverbreitete Folgen für natürliche Systeme und solche des Menschen. (1)

SPM1.2 Ursachen des Klimawandels

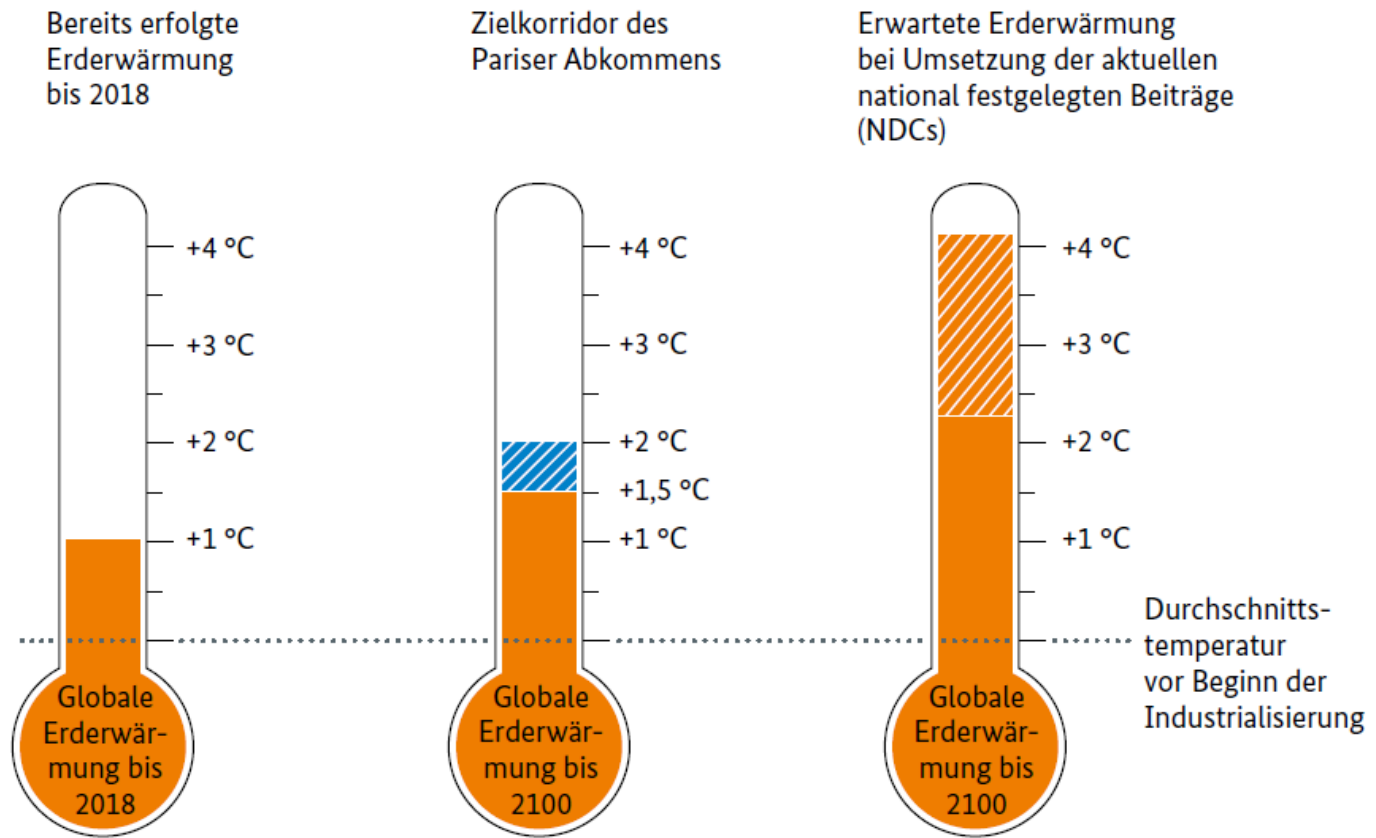
Die anthropogenen Treibhausgasemissionen sind seit der vorindustriellen Zeit angestiegen, hauptsächlich angetrieben durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, und sind nun höher als jemals zuvor. Dies hat zu atmosphärischen Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas geführt, die seit mindestens 800 000 Jahren noch nie vorgekommen sind. Ihre Auswirkungen wurden, in Kombination mit denen anderer anthropogener Treiber, im gesamten Klimasystem nachgewiesen und es ist *äußerst wahrscheinlich*, dass sie die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind. (1.2, 1.3.1)

Akteure für den Klimaschutz



Muss Verantwortung gerichtlich eingefordert werden?

Abbildung 07: Ambitionsücke zwischen Pariser Abkommen und aktuellen NDCs der Vertragsstaaten



Das Recht hat eine Aufgabe und damit die Gerichte: Wer zahlt und schützt?

Das Paris Übereinkommen setzt klare Ziele.

Wir verlassen die *comfort zone* und spüren die Auswirkungen bei derzeit global 1,1° C globaler Erwärmung und 1,5° in Deutschland.

Verantwortung als Spiegelbild von (Menschen)Rechten (g)(w)egen dem Klimawandel und in der Klimakrise bleibt aber ein rechtliches Vakuum.



Verantwortung einklagen auf Basis geltenden Rechts: Erste Klimaklagen ab 2003 – die zweite und dritte „Welle“ läuft

- CO₂ als Schadstoff und globales Klima als „Belang“ bei behördlichen Entscheidungen
- Klagen gegen Staaten: Klimaschutzziele und -programme (NL, USA, EU, D, B, Ire, F, UK, Sw, Nz, Korea, Can. etc.) – meist menschenrechtsbasiert
- Klagen gegen Unternehmen wegen Sorgfaltspflichtverletzung / Schutzmaßnahmen
- Klagen gegen Staaten auf Vollzug und Umsetzung

...aber bisher keine Klagen Staat gegen Staat

Berühmte Erfolge: Urgenda 2015, 2018 und 2019

REGIERUNG VERLIERT VOR GERICHT

Niederlande werden zu Klimaschutz gezwungen

AKTUALISIERT AM 09.10.2018 · 14:36



Die Umweltschützer von Urgenda und ihre Anwälte haben nach der Bestätigung des Urteils Grund zur Freude.

YouTube



© Urgenda / Chantal Bekker

YouTube



© Urgenda / Chantal Bekker

Was ist eine Klimaklage? | Anwältin Roda Verheyen erklärt

702 Aufrufe

TEILEN SPEICHERN

Die erste deutsche Klage: Luciano Lliuya ./ RWE AG

- Bereits jetzt unabwendbare Folge des Klimawandels:
Gletscherschmelze in den Anden (Peru)
- RWE als Europas größter Einzelemittent (ca. 0,5% Anteil an den globalen CO2 Emissionen)

- **Instanzen**
 - **Landgericht Essen**
 - **Oberlandesgericht Hamm**

Der Fall Lliuya v. RWE

Peru – ein Land abhängig von
und bedroht durch Gletscher

Huaraz →



Laguna Palcacocha:

Akutes Risiko einer „glacial outburst flood“ (GLOF)



Entfernung Palcacocha Lagune – Huaraz





Saul Luciano Lluiya Shuan
vor seinem Haus in Huaraz, Peru



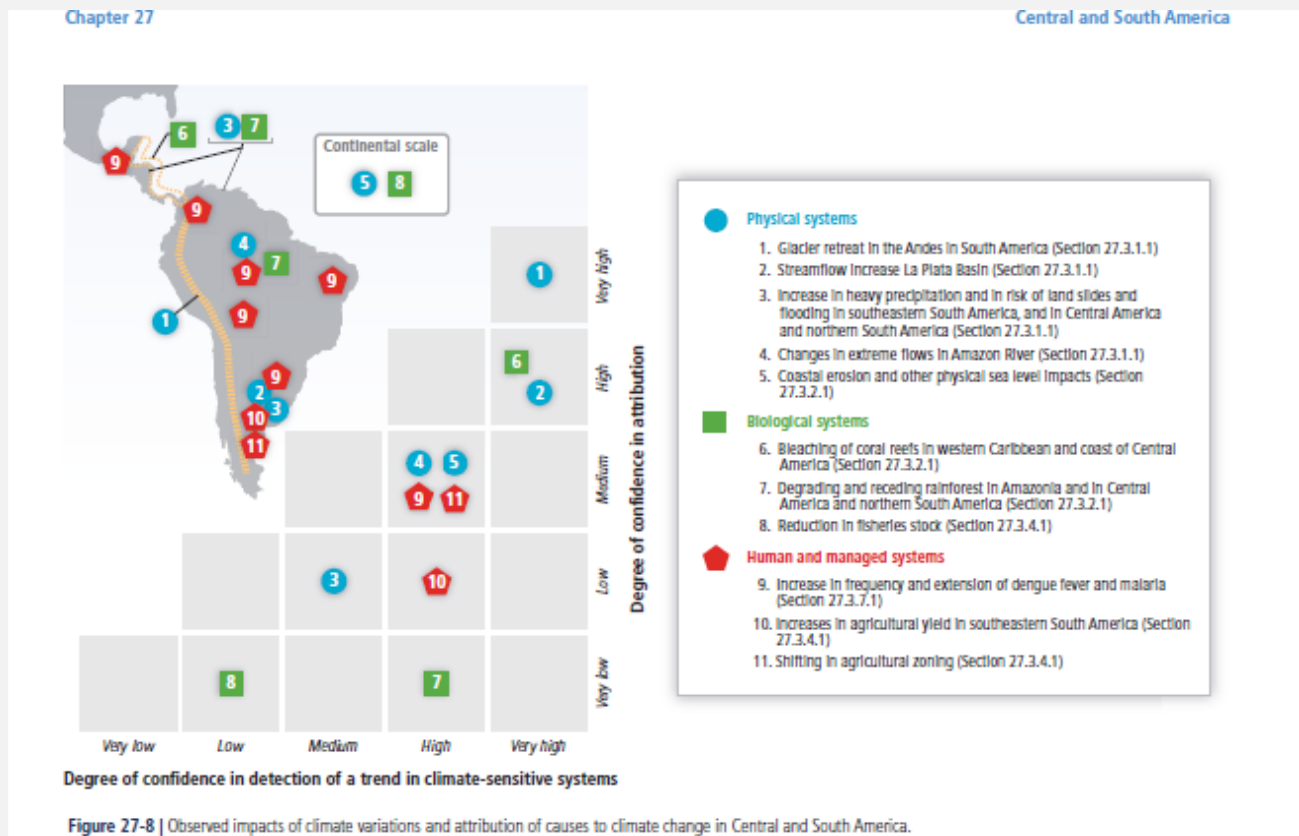
Informationsmaterial erhältlich
über Germanwatch e.V.
www.germanwatch.org

Das Überflutungsrisiko in Huaraz

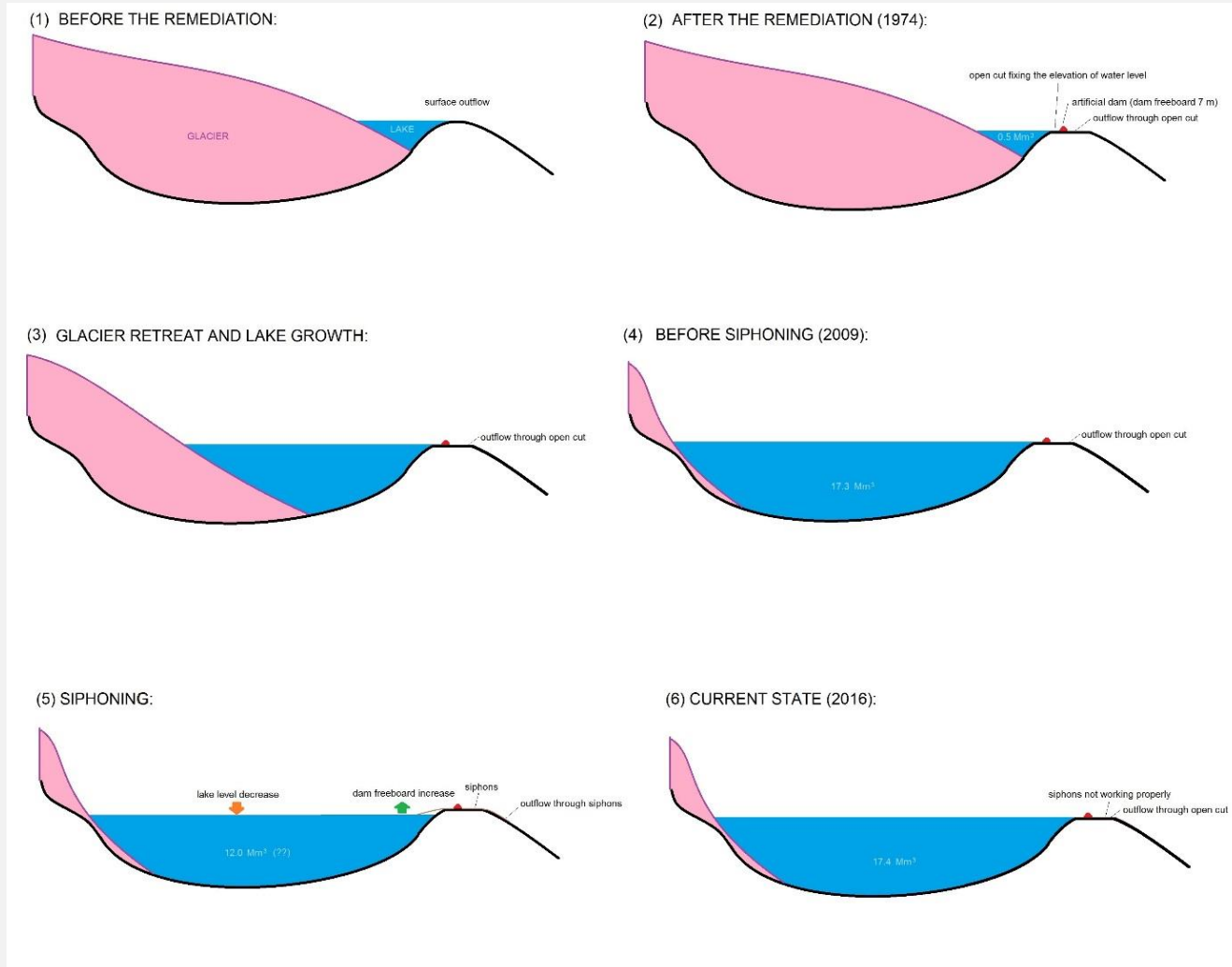


Der IPCC sagt:

Gletscherschmelze in den tropischen Anden (mit)verursacht durch menschengemachten Klimawandel – „sehr hohe Wahrscheinlichkeit“ (90-100%)



Veränderungen der Gletscher/Lagune



Rechtsschutzziel: Sicherungsmaßnahmen

„... festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, anteilig zu ihrem Beeinträchtigungsbeitrag von 0,47% die Kosten für geeignete Schutzmaßnahmen zu tragen die vom Kläger oder Dritten zugunsten des Eigentums des Klägers vor einer Gletscherflut aus der Lagune Palcacocha ergriffen werden, soweit er durch diese belastet ist.“

Fassung Antrag OLG, vorher mehrere Anträge/Hilfsanträge

Anspruch auf Unterlassung oder Abwendung der Beeinträchtigung bei erlaubten Tätigkeiten zum Ausgleich von Eigentümerrechten:

§ 1004 BGB:


(1) 1 Wird das Eigentum in anderer Weise als durch Entziehung oder Vorenthaltung des Besitzes beeinträchtigt, so kann der Eigentümer von dem Störer die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen. 2 Sind weitere Beeinträchtigungen zu besorgen, so kann der Eigentümer auf Unterlassung klagen.

(2) Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn der Eigentümer zur Duldung verpflichtet ist.

- Deutsches Recht anwendbar
 - Art 7 der Rom II Verordnung: Ort der Umwelteinwirkung – für Distanzdelikte typisch, also: Ort der Emission

Peru-Bauer führt Klima-Klage gegen RWE



Anzeige Integrated Industry sponsored by 

Frankfurter Allgemeine Wirtschaft

Montag, 28. November 2016

⌂ POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR




F.A.Z.-Index 2.113,80 -0,72 % DAX 10.617,91 -0,76 % Dow Jones 19.152,14 +0,...

Home > Wirtschaft > Recht & Steuern > Kleinbauer aus Peru klagt gegen RWE wegen Klimawandel

Wegen des Klimawandels Peruanischer Kleinbauer klagt gegen RWE

Es klingt ein wenig wie David gegen Goliath: Saul Luciano Lliuya ist 36 Jahre alt und Kleinbauer in Peru. Er hat sich eine gewaltige Aufgabe vorgenommen. Er klagt gegen den Energiekonzern RWE.

24.11.2016

 Teilen  Twitttern  E-mailen



WIRTSCHAFT ▶ Präzedenzfall: Bauer aus Peru verklagt RWE wegen Mitschuld am Klimawandel

WIRTSCHAFT PRÄZEDENZFALL Ein Bauer aus Peru schockt globale Energieriesen

Von Daniel Wetzel | Stand: 27.11.2016 | Lesedauer: 4 Minuten



Urteil LG Essen – Abweisung 15. Dezember 2016

- Argument aus dem Waldschadensurteil von 1986 (BGH III ZR 220/86; BVerfG 1 BvR 180/88) – keine Zuordnung des einzelnen Beitrags möglich
- Argument: Keine Haftung aus § 1004 BGB bei ubiquitären Umweltproblemen
- Nachweis der Kausalität grundsätzlich nicht möglich
- RWE hat keinen signifikanten Anteil an dem Problem

Berufungsinstanz OLG Hamm

Beglaubigte Abschrift (Telekopie gemäß § 169 Abs. 3 ZPO)

-5 U 15/17
 2 O 285/15
 Landgericht Essen



Verkündet am 30.11.2017

Westerbeck, Justizbeschäftigte
 als Urkundsbeamtin der
 Geschäftsstelle

Oberlandesgericht Hamm

Hinweis- und Beweisbeschluss

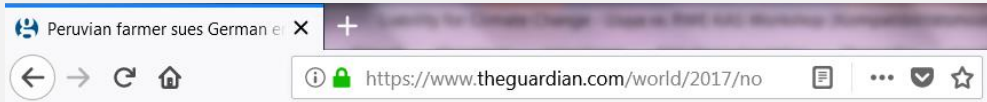
In dem Rechtsstreit

des Herrn Saúl Ananías Luciano Lliuya, Avenida Interoceánica, Sub Lote 1-A, Nueva
 Florida, Distrito de Independencia, Departamento de Ancash, Provincia de Huaraz,
 Peru,

Klägers und Berufungsklägers,

Vert.:	First not.	<i>Duplex</i>	AF
RA	EINGEGANGEN		
SB	30. NOV. 2017		
Rück- scr.	Rechtsanwälte Günther Partnerechenschaft		
z.d.A.	<i>Eintausch KVA</i>		

Sow. IV
F: 02.01.18
VA: 22.12.18



Germany

Peruvian farmer sues German energy giant for contributing to climate change

Saul Luciano Lliuya wants damages from RWE to protect hometown of Huaraz from a swollen glacier lake at risk of overflowing from melting snow and ice



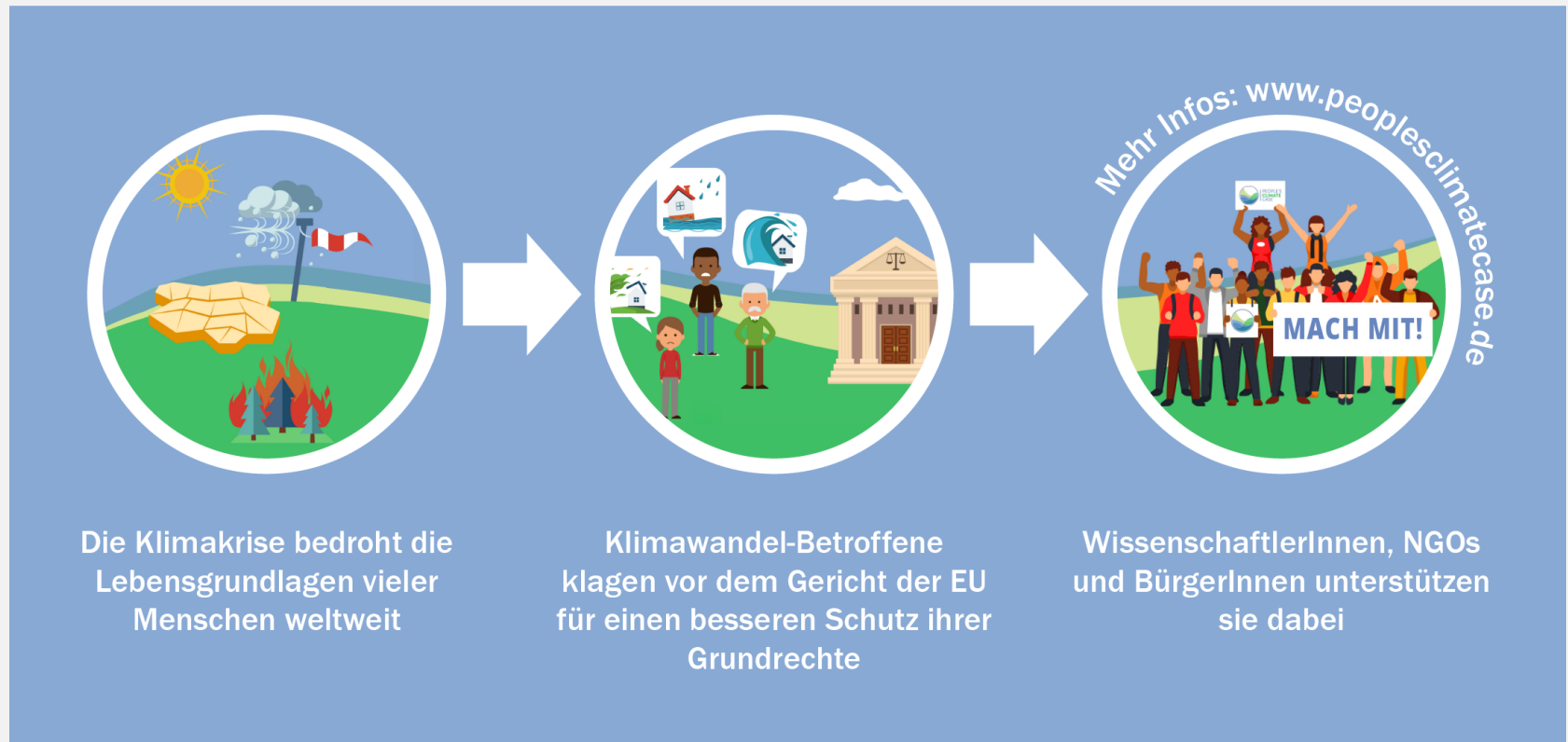
Hamm, 13. November 2017

Beweiserhebung läuft bis heute.

Die zweite Klage: Carvalho ./. **European Parliament and Council**

- **General Court of the European Union (Gericht, erste Instanz)**
- **Seit Juli 2019: Berufung zum Europäischen Gerichtshof**

People's Climate Case



... so funktioniert nicht nur der PCC sondern Klagen auf aller Welt, weil die Gesetzgeber nicht ausreichend handeln.

PCC - Kurze Zusammenfassung (1/3)

- **Kläger:** 10 Familien aus verschiedenen (außer-) europäischen Klima-Hotspots sowie schwedischer Sami-Jugendverband
- **Klagegegner:** Europäischer Gesetzgeber (Europäisches Parlament und Rat)
- **Klagegegenstand:** die drei Hauptgesetze zur Reduktion von Emissionen (GHG Emission Acts)
- **Verstoß** gegen höherrangiges Recht, vor allem Menschenrechte (**Grundrechtecharta**)
- GHG Emissions Acts erlauben zwischen 2020-2030 Emissionen im Umfang von 60% der Menge von 1990, (also Reduktion von 40%)
- Objektiver Schutzanspruch entspricht **-50 bis -60% Reduktion**
- **Klageart:** Nichtigkeitsklage Art. 263 II AEUV und Unterlassungsklage Art. 340 II AEUV

PCC - Kurze Zusammenfassung (2/3)

- Klageerhebung im Mai 2018 mit tausenden von Seiten
- Viele rechtliche Hürden auf Grundlage nicht der Verträge und der Charta, aber auf Grundlage der bisherigen Rechtsprechung
- Herbst 2018: Beitritt von Streithelfern auf Seiten der Kläger und wemove. Petition
- Gegenseite fordert Abweisung wegen Unzulässigkeit (Oktober 2018), wir fordern weiter Gerichtszugang und mündliche Verhandlung
- Mai 2019: Gericht weist Klage wegen Unzulässigkeit zurück
- Seit Juli 2019: Berufung zum Europäischen Gerichtshof

PCC - Kurze Zusammenfassung (3/3)

- Inzwischen fordert die EU Kommission 55%, das Europäische Parlament 60% Reduktion bis 2030
- Übernimmt der EU Gesetzgeber jetzt Verantwortung?



Die dritte Klage: Backsen ./. Bundesrepublik Deutschland

- **Verwaltungsgericht Berlin**

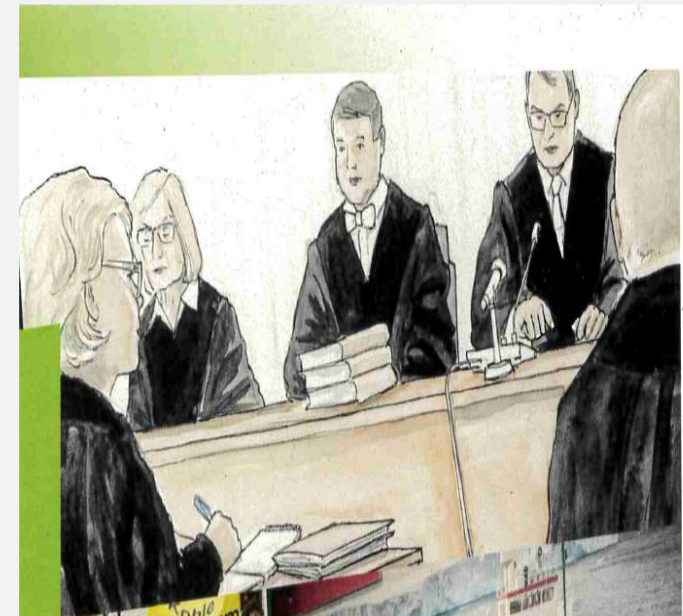
Die deutsche Klimaklage

- **Kläger:** 3 Bauern-Familien und Greenpeace e.V. als Verbandskläger
- **Klagegegenstand:** Vollzug des Klimaschutzprogramms 2014 und des seit 2007 bestehenden Ziel bis Ende 2020 gegenüber 1990 mindestens 40% Treibhausgasreduktion umzusetzen.
- **Verteidigung** der Bundesregierung: Ja, Ziel nicht erreicht, aber Klimaschutz ist nicht justiziabel.

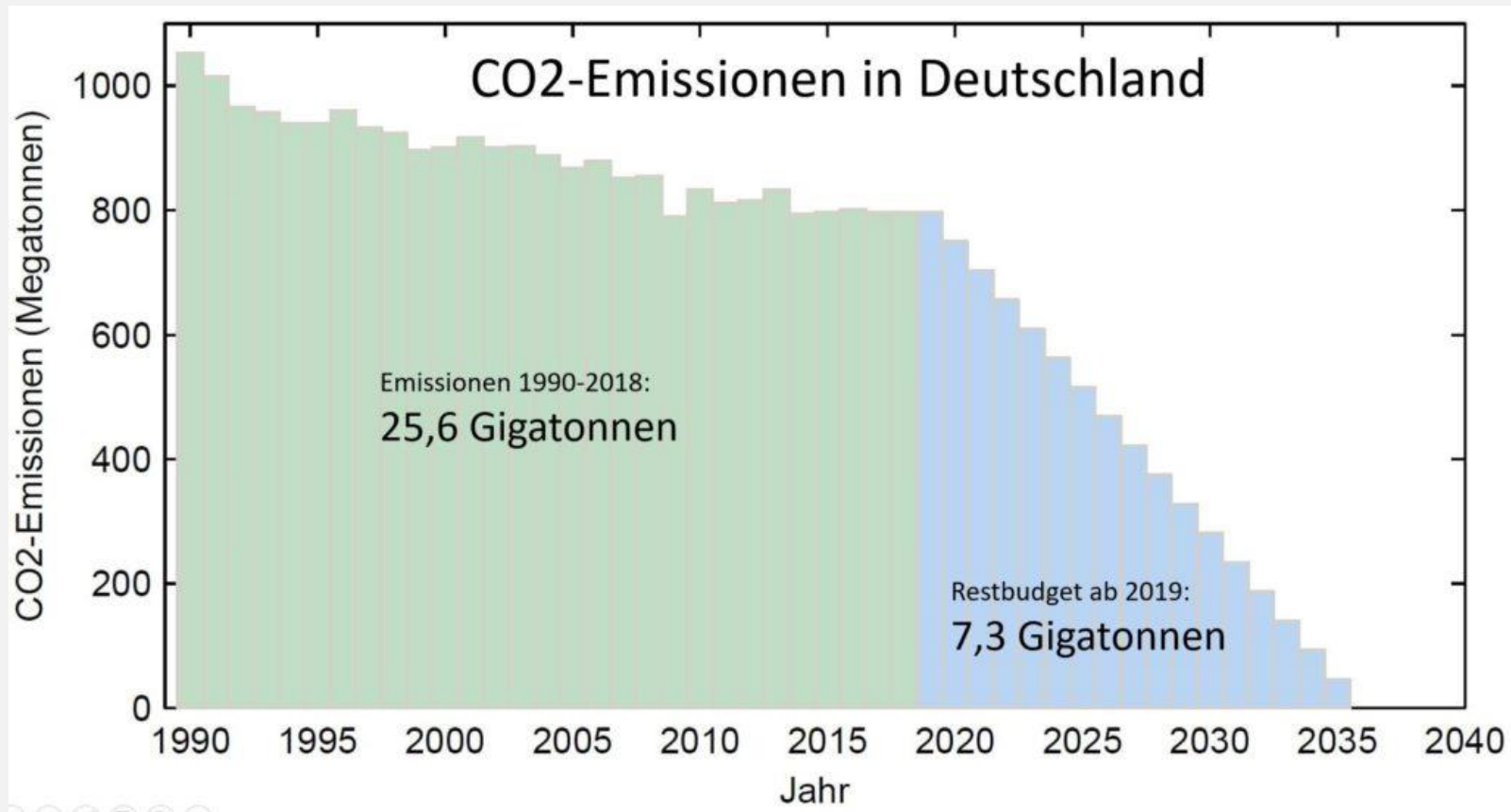


Mündliche Verhandlung und Urteil Oktober 2019

- Ist Klimaschutz justiziabel? **Ja**
- Ist Klimaschutz ein Menschenrecht? **Ja**
- Können die Betroffenen es einklagen? **Ja**
- Ist das Klimaziel 2020 an sich einklagbar? **Nein**
- Ist die Schutzpflicht des Staates aus Grundrechten verletzt? **Noch nicht:** weiter Ermessensspielraum des Staates.
Bundesklimaschutzgesetz setzt neue Maßstäbe.



Was bedeutet: Einhalten von Paris? Warum erledigt sich Backsen et.al. nicht?



Die vierte Klage: Neubauer ./. Bundesrepublik Deutschland

- **Bundesverfassungsgericht Karlsruhe**

Die deutsche Verfassungsbeschwerde (1/2)

- Art. 1 (Menschenwürde)
- Art. 2 (Gesundheit und Leben)
- Art. 12 (Berufsfreiheit)
- Art. 14 (Eigentumsrecht)



Die deutsche Verfassungsbeschwerde (2/2)

- **Kläger:** Jugendliche und junge Erwachsene
- **Klagegegenstand:** Bundesklimaschutzgesetz vom Dezember 2019: Schutzziel unzureichend, Reduktionspfad zeigt nicht auf 1,5° C, gesetzgeberisches Unterlassen
- **Rechtsfragen:** Klimaschutz als Menschenrecht, welche Schutzpflichten treffen den Gesetzgeber konkret, Selbstbestimmungsrecht und Menschenwürde - ökologisches Existenzminimum aus Art. 1 GG
- **Stand:** Insgesamt mindestens 7 Beschwerden anhängig. Stellungnahmen (Bundestags und Bundesregierung): Klage unzulässig, aber Schutzpflichten gibt es, Gesetzgeber kann auch wegen Unterlassen verklagt werden.
- Gemeinsame Verhandlung 2021?

Klimaschutzgesetz und Untätigkeit

- Das Bundesklimaschutzgesetz vom Dezember 2019 ist ein reines Rahmengesetz. Bekenntnis zur THG Neutralität bis 2050
- setzt "alte Ziele" (55% Reduktion bis 2030) und beinhaltet keinen weiteren konkreten Pfad, der mit Paris und dem THG Budget vereinbar wäre.
- Operativ: Klimaschutzprogramme (mit Beteiligung) und Sofortprogramme bei Zielverfehlung
- Legt sektorenspezifische Ziele fest, die auch einklagbar, aber untereinander austauschbar sind
- Erste Klage auf Einhaltung (Verkehrssektor) läuft (2020)
- Berücksichtigungsgebot bei Investitionen (§ 13) und Vorbildfunktion THG Neutral bis 2030 (§ 15)

Anlage 2 (zu § 4)
Zulässige Jahresemissionsmengen

(Fundstelle: BGBl. I 2019, 2520)

Jahresemissionsmenge in Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Energiewirtschaft	280		257								175
Industrie	186	182	177	172	168	163	158	154	149	145	140
Gebäude	118	113	108	103	99	94	89	84	80	75	70
Verkehr	150	145	139	134	128	123	117	112	106	101	95
Landwirtschaft	70	68	67	66	65	64	63	61	60	59	58
Abfallwirtschaft und Sonstiges	9	9	8	8	7	7	7	6	6	5	5

Ausblick: die nicht-staatlichen Akteure

1. Schutzmaßnahmen €€ / Anpassung

- Native Village of Kivalina ./.. Exxon Mobil (2008-2012)
- Luciano Lluiya ./.. RWE (seit 2015 – derz. OLG Hamm)
- Div. Klagen von Städten etc. in USA gegen Emittenten (seit 2017)

2. Der Klimawandel als Finanz- und Investitionsrisiko

- Client Earth v. Enea (Polen)
- Div. Klagen gg. Fonds / Pensionsfonds
- Risikoberichterstattung (e.g. EasyJet, Balfour Beatty, etc.)

3. Unterlassungsanspruch – konkrete Reduktionspflichten

- Connecticut ./.. American Electric Power (2004-2011)
- Milieudefensie ./.. Royal Dutch Shell (Urgenda 2.0), eingereicht April 2019

Milieudefensie ./ Royal Dutch Shell (Urgenda 2.0)

- **Kläger:** Umweltverbände und 17.379 Private
- **Rechtsfragen:** Art. 3:305a Zivilgesetzbuch NL (Klagebefugnis) und “social duty of care“ – eine moderne Verkehrssicherungspflicht ähnlich § 823 Abs. 1 BGB
- **Antrag:** Emissionsreduktionen auf 45% bis 2030 und netto-0 bis 2050 (gegenüber 2010)

851. Specifically translated into the emission reduction task applicable to Shell, this means that Shell will immediately have to reduce the CO₂ emissions associated with its business activities and energy products in an, at minimum, linear way, such that Shell will have reduced these CO₂ emissions by (net) 45 % by 2030, by (net) 72% in 2040 and by (net) 100% by 2050. All compared to 2010 emission levels.

- Reduktionsverpflichtung von Emittenten: Auch in Deutschland?

**Wann ist Verantwortung übernommen,
abgegeben oder erfüllt?**

Fragen und Kritik – jetzt gern von Ihnen.

Nützliche Links:

<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/>

(Blog von Prof. Stefan Rahmsdorf)

<https://peoplesclimatecase.caneurope.org/>

<https://act.greenpeace.de/klimaklage>

Websites der NGO zu PCC und deutscher Klimaklage

<http://columbiaclimatelaw.com/>

(US law school database mit Klimaklagen der ganzen Welt)

<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/zeit-gerechte-klimapolitik-vier-initiativen-fuer-fairness>

(WBGU Politikpapier mit Unterstützung von Klimaklagen)